

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Tarifstreit im öffentlichen Dienst ist beendet, und wir freuen uns für alle Beschäftigten der Kommunen über den Abschluss des Tarifvertrages (TVöD). Wir hoffen, dass auch die Verhandlungen über den Tarifvertrag für die Beschäftigten unserer Stadt bald erfolgreich abgeschlossen werden können. Am Abschluss des neuen TVöD freut uns besonders, dass die Pflegeberufe ein besseres Entgelt erhalten werden und damit eine höhere Wertschätzung erfahren.

Dies umso mehr, als uns die zweite Corona-Welle nun „voll erwischt“ hat. Ab kommenden Montag müssen wir uns wieder auf deutliche Einschränkungen unseres alltäglichen Lebens einstellen. Angesichts dessen können wir nur an alle appellieren, die geltenden Abstands- und Hygieneregeln einzuhalten!

Eine interessante Lektüre wünscht
Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Kulturhauptstadt 2025: Chemnitz

Vor sieben Jahren hatte Hannovers SPD die Idee entwickelt, unsere Stadt solle sich um den Titel der Kulturhauptstadt Europas 2025 bewerben. Die Bewerbung, die der Rat vor zwei Jahren auf den Weg gebracht hat, ist nun leider nicht von Erfolg gekrönt worden: Am Mittwoch, 28.10., hat die Jury verkündet, dass Chemnitz Kulturhauptstadt Europas 2025 werden wird.

Wir freuen uns für Chemnitz und seine sozialdemokratische Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig. Und wir hoffen, dass mit der erfolgreichen Bewerbung neben der Kultur auch die Zivilgesellschaft in der sächsischen Stadt einen starken Schub erhält.

Für unsere Stadt hat die Bewerbung sich gleichwohl gelohnt: Die Kulturschaffenden, die Stadtverwaltung, die Stadtgesellschaft und nicht zuletzt auch die Politik haben den Bewerbungsprozess in großartiger, kreativer Weise unterstützt und getragen. Die zahlreichen Ideen und die in diesem Kontext entstandenen Netzwerke werden unsere Stadt nachhaltig prägen. Mit dem Kulturentwicklungsplan, der Bestandteil des Bewerbungsverfahrens ist, hat Hannover schließlich eine langfristige Strategie erhalten, die die Kultur in unserer Stadt voranbringen wird. Die Umsetzung des Kulturentwicklungsplans werden wir weiter konstruktiv begleiten und unterstützen.

Neubau der IGS Büssingweg

Nach dem Stadtbezirksrat Vahrenwald-List und dem Ausschuss für Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Liegenschaftsangelegenheiten hat am vergangenen Mittwoch (28.10.) auch der Schul- und Bildungsausschuss dem [Neubau der IGS Büssingweg](#) zugestimmt. Für 78 Millionen wird für diese Integrierte Gesamtschule nun ein moderner Schulbau errichtet werden, der für einen fünfzügigen Betrieb ausgelegt ist. Damit wird dann auch ausreichend Platz für die Oberstufe zur Verfügung stehen, die an der IGS Büssingweg auf unser Betreiben eingerichtet worden war. Außerdem wird am Büssingweg eine Sporthalle entstehen, die über eine Dreifeldhalle sowie eine weitere separate Sport- und Veranstaltungsfläche verfügt.

Der Neubau der IGS Büssingweg stellt einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen Schullandschaft in unserer Stadt dar.

Aus der Ratsversammlung

Erstmals fand die [Ratsversammlung](#) gestern, am 29. Oktober, im Kuppelsaal des Hannover Congress Centurms (HCC) statt. Damit trug der Rat den verschärften Bedingungen Rechnung, unter denen die politischen Gremien derzeit ihrer Tätigkeit im Angesicht der Corona-Pandemie nachgehen.

Besondere Aufmerksamkeit erfuhr ein Dringlichkeitsantrag, den wir gemeinsam mit den Fraktionen der CDU, der Grünen, der FDP, „Die Fraktion“ und der Gruppe Linke & Piraten eingebracht haben. Darin fordert der Rat die [Freilassung von Yüksel Weßling](#), die im Oktober 2019 in der Türkei festgenommen worden war und seither die Türkei nicht verlassen darf. Der Sozialpädagogin, die sich als Beschäftigte der Landeshauptstadt für die Integration Zugewanderter eingesetzt hatte und in ihrer Freizeit für die Menschenrechte engagierte, wird vorgeworfen, Mitglied in einer terroristischen Vereinigung zu sein. Der Rat fordert nun die türkische Regierung auf, Weßling aus der Türkei ausreisen und das Verfahren gegen sie einstellen zu lassen. Von der Bundesregierung erwartet der Rat, von der Türkei die sofortige Aufhebung der Ausreisesperren für deutsche Staatsbürger in der Türkei zu verlangen und für die umgehende Ausreise von Yüksel Weßling und anderen Betroffenen einzutreten.

Beschlossen haben wir im Rat außerdem, dass das [Historische Museum](#) saniert und eine neue Dauerausstellung erhalten soll. Finanziert werden soll die Sanierung des HMM aus Mitteln des Sonderprogramms, das der Bund für die Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur bereitgestellt hat.

Um die [Sicherheit blinder und sehbehinderter Menschen in Bussen und Bahnen](#) zu erhöhen, hat der Rat die Stadtverwaltung beauftragt, mit der – für den Nahverkehr zuständigen – Region über entsprechende Ausstattungen in den Fahrzeugen der üstra zu verhandeln. Dazu gehören etwa akustische Signale zum Auffinden der Fahrzeigtüren, die automatische Öffnung aller Türen und Sperren, die das Anfahren der Fahrzeuge verhindern, falls ein Fahrgast zwischen die Fahrzeuge geraten sollte. Derartige Unfälle sollen in Zukunft vermieden werden.

Modernisierung des Kommunalen Präventionsrates

Zur Modernisierung des Kommunalen Präventionsrates ([KPR](#)) hat Mitte dieser Woche ein Workshop stattgefunden, aus dem zunächst die Gründung einer Arbeitsgruppe „Dialogstelle für Demokratiestärkung und gegen Extremismus“ hervorgegangen ist. Damit erhält der Präventionsrat ein wichtiges zusätzliches Aufgabenfeld: die Prävention gegen jede Form von Extremismus und die Deradikalisierung in unserer Stadtgesellschaft.

Die Dialogstelle soll künftig Informations- und Bildungsarbeit zur Stärkung der Demokratie leisten, den Präventionsrat als Fachgremium beraten und gemeinsame Handlungskonzepte für mehr Sicherheit entwickeln. Außerdem soll die Öffentlichkeitsarbeit des KPR gestärkt werden.

Der Kommunale Präventionsrat ist 1995 vom Rat gegründet worden. Bisher diente er vor allem als Informations- und Austauschplattform der Sicherheitsakteur*innen in Hannover. Mit der Einrichtung der Dialogstelle ist ein erster Schritt zur Modernisierung des KPR unternommen worden – ein Vorhaben, das wir als SPD-Ratsfraktion vorantreiben. Wichtige Impulse dazu haben wir auf einer Veranstaltung unserer Fraktion zu Sicherheit und Sicherheitsempfinden in unserer Stadt unter der Überschrift [„Hannover ist sicher!“](#) vor zwei Jahren erhalten.

Aus dem Jugendhilfeausschuss

Am Montag (26.10.) hat der Jugendhilfeausschuss unseren Antrag beschlossen, wonach die Verwaltung ein Förderkonzept für den [Bau von Kindertagesstätten](#) erarbeiten soll. Wir wollen damit, den Ausbau von Kitas beschleunigen und die Betreuungssituation von Kindern im Kleinst- und Kleinkindalter verbessern. Besonders berücksichtigt werden sollen dabei Stadtteile, in denen die Betreuungsquote unter der – insgesamt sehr guten – Versorgung mit Kita-Plätzen liegt. Dabei sollen sowohl Förderrichtlinien zum Betrieb und zur Refinanzierung von Investitionen in den Kita-Bau berücksichtigt als auch die Möglichkeit geschaffen werden, gemeinnützigen Trägern den Neubau von Kitas und deren anschließenden Betrieb zu gestatten. Wir erhoffen uns davon, einen zügigen Abbau von Betreuungsempfängen und von verwaltungsrechtlichen Hürden wie auch mehr Möglichkeiten, kleinere Einrichtungen zu betreiben.

Aus dem Organisations- und Personalausschuss

Der [Personal- und Organisationsbericht 2018/2019](#) stand im Mittelpunkt der Sitzung des Organisations- und Personalausschusses (OPA) am vergangenen Mittwoch (28.10.). Der Bericht weist für die beiden vergangenen Jahre einen Anstieg des Stellenplans auf 9.600 Stellen aus, davon knapp 1.200 in den städtischen Betrieben Stadtentwässerung, HCC und Städtische Häfen sowie in der Zusatzversorgungskasse und den städtischen Alten- und Pflegezentren.

Diese Stellen verteilen sich auf 11.600 Beschäftigte, in der Mehrzahl Frauen (55%). Dieser Prozentsatz trifft allerdings nicht auf Frauen in Führungspositionen zu (46%), auch wenn der Anteil an Frauen dort gestiegen ist. Leicht gestiegen ist ebenfalls der Anteil an Beschäftigten mit Migrationshintergrund (15%).

Eine besondere Herausforderung für die Landeshauptstadt als Arbeitgeberin ist angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels die Personalgewinnung. Ein neues Konzept hierfür soll Anfang des kommenden Jahres vorliegen. Schon jetzt bildet die Stadt in erheblichem Umfang aus, zum Ende des vergangenen Jahres waren über 500 Auszubildende in 34 verschiedenen Berufsausbildungs- und Studiengängen bei der Landeshauptstadt angestellt.

Im Zuge der anstehenden Beratungen über den Haushaltsplan 2021/2022, die am 19. November beginnen, werden wir auch die Stellenpläne für die nächsten beiden Jahre beraten. Bis dahin erwarten wir auch den Abschluss des städtischen Tarifvertrages.

Erreichbarkeit des Fraktionsbüros

Unser Büro wird trotz der neuen Beschränkungen wegen der Covid-19-Pandemie vorerst weiterhin zu den üblichen Geschäftszeiten erreichbar sein. Wir bitten aber um Verständnis dafür, sollte es aufgrund neuer Beschränkungen kurzfristig zu Einschränkungen in der Erreichbarkeit unserer Geschäftsstelle kommen.

Eine Stadt für alle.

Impressum

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P.: Dr. Marc-Dietrich Ohse, Lars Kelich.
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de,
Facebook: <https://www.facebook.com/SPDRatsfraktionHannover>, Instagram: <https://www.instagram.com/spdrathannover/>,
Twitter: <https://twitter.com/spdrathannover/>